

Rekord-Teuerung gefährdet Fortbestand hunderter gemeinnütziger Organisationen

Utl.: Aktuelle Befragung zeigt dringenden Handlungsbedarf über die von der Regierung angekündigten Maßnahmen hinaus - Bündnis für Gemeinnützigkeit fordert Politik zum Handeln auf =

Wien (OTS) - Vier von fünf gemeinnützigen Organisationen sind laut einer aktuellen Mitgliederbefragung des Bündnis für Gemeinnützigkeit von der Teuerung "stark betroffen", jede fünfte sogar "sehr stark betroffen" und in ihrem Fortbestand bedroht.

Besonders die steigenden Energiekosten machen den Non-Profit-Organisationen (NPO) große Sorgen: Hier rechnen die über 500 befragten Organisationen durchschnittlich mit einer Verdreifachung der Kosten, wobei es vor allem die hohen Stromkosten sind, die sich besonders negativ auf die Ausgaben niederschlagen. Das Bündnis für Gemeinnützigkeit, ein Netzwerk aus über 3.000 gemeinnützigen Organisationen in Österreich, fordert daher einen "Anti-Teuerungs-NPO-Fonds", um den Fortbestand von NPOs effektiv zu sichern. Zwei Drittel der Befragten fordern zudem eine Inflationsanpassung laufender Förderverträge mit Bund, Ländern und Gemeinden.

"Gemeinnützige Organisationen werden im Energiekostenzuschuss für Unternehmen zwar erwähnt, die Maßnahme deckt aber nur einen kleinen Teil der Betroffenen ab. Anders als produzierende Unternehmen haben sie vor allem im Bereich der Daseinsvorsorge hohe Personalkosten und erreichen deshalb den geforderten Energiekostenanteil von 3 Prozent nur selten", erklärt Bündnis-Geschäftsführer Franz Neunteufl.

Zudem rechnet Neunteufl damit, dass den gemeinnützigen Organisationen die größten Probleme noch bevorstehen. "Die Teuerungen, insbesondere im Energiebereich, werden in den nächsten Wochen und Monaten erst so richtig schlagend - dafür braucht es rasch zukunftsgerichtete Maßnahmen der Politik, damit der Betrieb von Pflegeheimen, Kultureinrichtungen oder Sportmöglichkeiten aufrecht erhalten werden kann."

Eine besondere Schwierigkeit gemeinnütziger Organisationen ergibt sich aus den langfristig laufenden Förderverträgen, mit denen die

betroffenen Vereine typischerweise arbeiten. Die Kosten wurden mit Preisen auf Vor-Krisen-Niveau berechnet, die Verträge müssen aber jetzt mit deutlich höherem Mitteleinsatz erfüllt werden. Zwei Drittel der Organisationen fordern daher neben dem Anti-Teuerungs-NPO-Fonds eine rückwirkende Inflationsanpassung der Förder- und Leistungsverträge mit Bund, Land und Gemeinden.

~

Rückfragehinweis:

Alexandra Grabher, MSc

Kommunikation & Öffentlichkeitsarbeit

+43677 647 847 87, alexandra.grabher@gemeinnuetzig.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/30274/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0095 2022-09-30/11:13

301113 Sep 22

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20220930_OTS0095